

Beschlussempfehlung und Bericht

des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Heike Hänsel, Dr. Alexander S. Neu, Michel Brandt, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.

– Drucksache 19/23697 –

75 Jahre Vereinte Nationen – Abrüstung, Friedensdiplomatie und Armutsbekämpfung verstärken

A. Problem

Nach Auffassung der Antragsteller sind die Vereinten Nationen (VN) auch 75 Jahre nach ihrer Gründung weit von der Umsetzung ihrer damals gesetzten Ziele entfernt. Einem steigenden materiellen und administrativen Aufwand für von der Weltorganisation mandatierte Militärmissionen stünden fehlende Mittel und Kompetenzen auf sozial- und wirtschaftspolitischen Feld gegenüber. Wichtige friedenspolitische Impulse des letzten Jahres wie der Aufruf von VN-Generalsekretär Antonio Guterres zu einem globalen Waffenstillstand angesichts der Corona-Pandemie, der ebenso begründete Appell der Menschenrechtskommissarin Michelle Bachelet zur Beendigung aller Wirtschaftssanktionen und die Verleihung des Friedensnobelpreises an das Welternährungsprogramm der VN hätten bei maßgeblichen Staaten nicht die erforderliche Resonanz gefunden. Stattdessen seien die weltweiten Militärausgaben auch im letzten Jahr weiter gestiegen, während die globale Wirtschaftsleistung spürbar zurückgegangen sei, wodurch ein Anstieg von Arbeitslosigkeit, Armut, Perspektivlosigkeit und Hunger drohe. Angesichts dieser Entwicklung müssten die Vorschläge der nach der Finanzmarktkrise von 2008 von den VN eingesetzten Expertengruppe unter Leitung des Wirtschaftsnobelpreisträgers Joseph Stiglitz wieder auf die Tagesordnung. Anstelle von Militärmissionen nach Kapitel VII der Charta der VN müssten künftig Konflikt diplomatie, Friedenspolitik und Abrüstung gestärkt werden.

Die Bundesregierung soll aufgefordert werden, geeignete politische Maßnahmen und Initiativen zu ergreifen, um die Vereinten Nationen anstelle der NATO wieder zum Zentrum außen- und friedenspolitischer Beratungen und Entscheidungen zu machen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Keine.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 19/23697 abzulehnen.

Berlin, den 13. Januar 2021

Der Auswärtige Ausschuss

Dr. Daniela De Ridder
stellv. Vorsitzende

Dr. Andreas Nick
Berichterstatter

Christoph Matschie
Berichterstatter

Dr. Anton Friesen
Berichterstatter

Ulrich Lechte
Berichterstatter

Heike Hänsel
Berichterstatterin

Dr. Frithjof Schmidt
Berichterstatter

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Bericht der Abgeordneten Dr. Andreas Nick, Christoph Matschie, Dr. Anton Friesen, Ulrich Lechte, Heike Hänsel, Dr. Frithjof Schmidt

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat die Vorlage auf **Drucksache 19/23697** in seiner 186. Sitzung am 29. Oktober 2020 beraten und zur federführenden Beratung dem Auswärtigen Ausschuss sowie zur Mitberatung dem Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe und dem Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Nach Auffassung der Antragsteller sind die Vereinten Nationen (VN) auch 75 Jahre nach ihrer Gründung weit von der Umsetzung ihrer damals gesetzten Ziele entfernt. Einem steigenden materiellen und administrativen Aufwand für von der Weltorganisation mandatierte Militärmissionen stünden fehlende Mittel und Kompetenzen auf sozial- und wirtschaftspolitischen Feld gegenüber. Wichtige friedenspolitische Impulse des letzten Jahres wie der Aufruf von VN-Generalsekretär Antonio Guterres zu einem globalen Waffenstillstand angesichts der Coronapandemie, der ebenso begründete Appell der Menschenrechtskommissarin Michelle Bachelet zur Beendigung aller Wirtschaftssanktionen und die Verleihung des Friedensnobelpreises an das Welternährungsprogramm der VN hätten bei maßgeblichen Staaten nicht die erforderliche Resonanz gefunden. Stattdessen seien die weltweiten Militärausgaben auch im letzten Jahr weiter gestiegen, während die globale Wirtschaftsleistung spürbar zurückgegangen sei, wodurch ein Anstieg von Arbeitslosigkeit, Armut, Perspektivlosigkeit und Hunger drohe. Angesichts dieser Entwicklung müssten die Vorschläge der nach der Finanzmarktkrise von 2008 von den VN eingesetzten Expertengruppe unter Leitung des Wirtschaftsnobelpreisträgers Joseph Stiglitz wieder auf die Tagesordnung. Anstelle von Militärmissionen nach Kapitel VII der Charta der VN müssten künftig Konflikt diplomatie, Friedenspolitik und Abrüstung gestärkt werden.

Die Bundesregierung soll aufgefordert werden, geeignete politische Maßnahmen und Initiativen zu ergreifen, um die Vereinten Nationen anstelle der NATO wieder zum Zentrum außen- und friedenspolitischer Beratungen und Entscheidungen zu machen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** hat die Vorlage auf Drucksache 19/23697 in seiner 69. Sitzung am 13. Januar 2021 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat die Vorlage auf Drucksache 19/23697 in seiner 68. Sitzung am 13. Januar 2021 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Auswärtige Ausschuss** hat die Vorlage auf Drucksache 19/23697 in seiner 71. Sitzung am 13. Januar 2021 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Berlin, den 13. Januar 2021

Dr. Andras Nick
Berichterstatter

Christoph Matschie
Berichterstatter

Dr. Anton Friesen
Berichterstatter

Ulrich Lechte
Berichterstatter

Heike Hänsel
Berichterstatterin

Dr. Frithjof Schmidt
Berichterstatter

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.